Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442. Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 139 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Samstag, den 18. Juni | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932

Aufmarsch der Tributfronten

Vorgefechte in Lausanne.

Keine Tributzahlung während der Konferenz.

In einer plötzlich einberufenen öffentlichen Sitzung der Vollkonferenz in Lausanne teilte Macdonald mit, daß in letzter Stunde eine Einigung zwischen den Mächten über eine vorläufige Regelung der Reparationszahlungen für die Dauer der Lausanner Konferenz zustandegekommen sei. Die Erklärung Macdonalds hatte folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Regierungen, tief durchdrungen von dem wachsenden Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen, sowie von der Dringlichkeit der Probleme, die auf der Lausanner Konferenz zur Verhandlung gelangen, ferner tief überzeugt, daß diese Probleme eine endgültige und präzise Lösung verlangen, die eine Besserung der allgemeinen Bedingungen Europas ermöglichen, eine Lösung, die unverzüglich und ohne Unterbrechung im Rahmen einer allgemeinen Regelung gesucht werden muß, stellen fest, daß gewisse Reparationszahlungen und Kriegsschulden am 1. Juli fällig werden.

Diese Regierungen sind der Ansicht, daß — um eine ununterbrochene Weiterführung der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen — die Leistung der Zahlungen, die den an der Konferenz beteiligten Regierungen geschuldet werden, auf dem Reparationskonto oder als Kriegsschulden, während der Dauer der Konferenz aufgeschoben würden, jedoch unter dem Vorbehalt der Lösungen, die später gefunden werden. Die Regierungen erklären ihren festen Willen, in kürzest möglicher Frist zu einem Ergebnis auf der Konferenz zu gelangen.

Da der Zinsendienst für die auf den Kapitalmärkten aufgelegten Anleihen durch diese Entscheidung nicht berührt wird, erklären die unterzeichneten Regierungen, daß sie für ihren Teil bereit sind, entsprechend dieser Regelung zu handeln; sie ersuchen die übrigen Gläubigerregierungen, die gleiche Haltung einzunehmen."

Die Erklärung ist unterzeichnet von England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan.

Reichskanzler von Papen

gab darauf folgende Erklärung ab: „Ich habe von der Erklärung des englischen Ministerpräsidenten Macdonald mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weiß die Absicht, der diese Erklärung entsprungen ist, wohl zu würdigen.

Diese Erklärung ist ein sichtbarer Beweis für den besten Willen der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu einer endgültigen Regelung zu führen, die die heutige Lage erfordert. Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den hier vertretenen Völkern und der Weltöffentlichkeit im gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnungen enttäuscht würden."

*

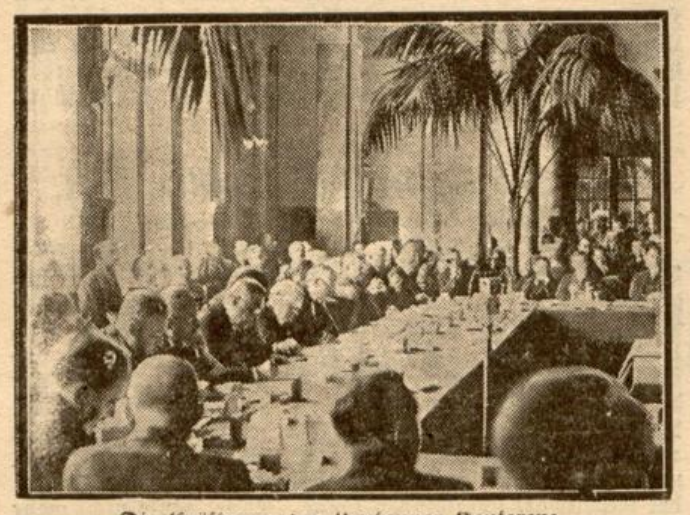
In einer ersten Meldung aus Lausanne war eine Fassung der Erklärung des Ministerpräsidenten Macdonald berichtet worden, die von einer „unbefristeten Verlängerung des Hoover-Moratoriums" sprach. Diese sehr weitgehende Mitteilung wurde dann durch das Bekanntwerden des Wortlauts der Erklärung Macdonalds bedeutend zurückgebremst auf ihre tatsächlich eingeschränktere Bedeutung, die auch durch die Erklärung des Reichskanzlers unterstrichen wird. Der Aufschub der deutschen Reparationszahlungen für die Dauer der Lausanner Konferenz bedeutet eigentlich eine gewisse Selbstverständlichkeit, denn für die Verhandlungen mußte als Basis ein gewisser feststehender Zustand angenommen werden. Die Verhandlungsgrundlage mußte sich aber ständig verschieben durch während der Dauer der Lausanner Konferenz erfolgende Zahlung oder wahrscheinlich Nichtzahlung fälliger Schuldenraten. Der Aufschub soll, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, nicht nur für die Dauer der Lausanner Vollkonferenz gelten, sondern auch für die Zeit, in der eventuell eingesetzte Ausschüsse weiterarbeiten, um gegebenenfalls vorbereitendes Material zu beschaffen für die dann in Aussicht genommene große Weltkrisenkonferenz, die unter Beitritt von Amerika in London stattfinden soll.

Die Bedeutung der Erklärung Macdonalds liegt vor allem, wie es auch der Reichskanzler betont, in der Kundgebung der Gläubigermächte, daß sie den besten Willen haben, die Arbeiten der Konferenz zu einer endgültigen Regelung zu führen. Dieser Wille, wenn er wirklich auf allen Seiten aufrichtig ist, deckt sich mit den von der Reichsregierung für ihre Bestrebungen aufgestellten Grundsätzen.

*

Der Reichskanzler spricht.

Reichskanzler von Papen legte in der geheimen Vollsitzung der Tributkonferenz in einer großen, allgemein mit Spannung erwarteten Rede den Standpunkt der deutschen Regierung zur Tributfrage dar. Der Reichskanzler ging zunächst kurz auf die Bemerkungen ein, die der englische Ministerpräsident Macdonald in seiner Eröffnungsrede hinsichtlich der bestehenden Ab-



Die Eröffnung der Lausanner Konferenz.

machungen gemacht hatte. Er erklärte, daß es sich auf dieser Konferenz nicht darum handele, die Reparationsfrage unter juristischen Gesichtspunkten zu erörtern. Es bedürfe daher nicht der Feststellung und werde auch von niemandem geleugnet, daß die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet worden seien. Es komme jetzt allein darauf an, die heute gegebenen Tatsachen ins Auge zu fassen und die unabweisbaren Folgerungen daraus zu ziehen.

Der Reichskanzler behandelte sodann die Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Jahre 1929, der Zeit der Aufstellung des Young-Planes. Er schilderte den Sturz aus dem blühenden Optimismus von damals in den

Pessimismus und die Verzweiflung von heute.

Nichts von den damaligen Verheißungen habe sich erfüllt. Durch die Arbeitslosigkeit seien gerade in den stärker industrialisierten Ländern soziale Spannungen erzeugt worden, die zu einer immer größeren Gefahr für die Weltordnung und die kulturellen Errungenschaften eines Jahrtausends geworden seien.

Eine Anzahl von Staaten habe sich schon gezwungen gesehen, die Zahlungen nach dem Auslande einzustellen. Das sei eine ernste Mahnung, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, daß nicht große Länder in die gleiche Lage kämen, wodurch die Weltkrise eine unübersichtliche Erschwerung erfahren würde.

Die jetzige Krise des Güteraustausches sei überdeckt von einer zweiten Krise, nämlich von einer

Kreditkrise von nie gekannter Ausdehnung.

Ihre wichtigste Ursache liege in der internationalen, öffentlichen Verschuldung und in den wirtschaftswidrigen, politischen Zahlungen. Die Krise des Güteraustausches könne nicht überwunden werden, wenn nicht die Krise des Kredits überwunden werde, und diese könne wiederum nicht überwunden werden, wenn nicht ihre besonderen Ursachen radikal beseitigt würden. Im Anschluß an diese Darlegungen über die allgemeine Weltkrise ging der Reichskanzler ausführlich auf

die Lage in Deutschland

ein. Die Arbeitslosigkeit sei in Deutschland größer als in irgendeinem anderen Lande, und besonders verhängnisvoll sei dabei, daß ein immer größerer Teil der heranwachsenden Jugend keine Hoffnung habe, zu Arbeit und Verdienst zu kommen. Verzweiflung und politische Radikalisierung seien die Folge. Der Reichskanzler wandte sich dann den Einzelheiten des Reparationsproblems zu. Er kritisierte, daß

die Atempause, die Präsident Hoover

seinerzeit mit seiner Aktion beabsichtigt habe, ungenützt verstrichen sei, und daß man die dringenden Empfehlungen der Sachverständigenausschüsse bis jetzt unbeachtet gelassen habe. Die Auslandsverschuldung Deutschlands mit ihren hohen Zinsen sei zum weitaus größten Teil auf die Substanzübertragung und Kapitalentziehung zurückzuführen, die sich aus den bisherigen Reparationsleistungen ergaben. So habe der beratende Sonderausschuß festgestellt, daß von den 18 Milliarden Mark, die Deutschland nach der Stabilisierung der Mark vom Auslande entliehen habe, mehr als 10 Milliarden allein

durch die baren Reparationszahlungen wieder ins Ausland zurückgeflossen

seien. Die Höhe der bisherigen deutschen Leistungen müsse nach ihrem wirklichen Wert veranschlagt werden, nicht nach dem Empfangswert, den sie für die empfangenden Länder gehabt haben.

Das Angebot von Gütern im Werte von Milliarden habe natürlich zu einer unwirtschaftlichen Verwendung im Empfangslande geführt, so daß der Nutzen des Empfanges viel kleiner gewesen sei als die Höhe des Verlustes für Deutschland. Hier liege überhaupt die Problematik des ganzen Reparationssystems. Wenn man den Wert der deutschen Reparationsleistungen nach ihrem wirklichen Wert veranschlage, so komme man zu unvorstellbar großen Zahlen.

Es sei eine völlig irrige Auffassung, daß Deutschland zu einem übermächtigen Konkurrenten für andere Länder werden würde, wenn es von seinen politischen Schulden befreit würde.

Der Reichskanzler schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Die Erfahrungen der letzten Jahre können nur dahin zusammengefaßt werden: Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und schädlich erwiesen. Diese Erfahrungen schließen die Möglichkeit aus, in der Hoffnung auf die künftige Entwicklung ein neues Experiment mit den Reparationen zu machen, das doch wieder zu dem gleichen Mißerfolg wie die bisherigen Versuche führen müßte. Die Reparationen waren ursprünglich für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete bestimmt. Inzwischen hat ihre Wirkung sich in das Gegenteil verkehrt.

Sie bauen nicht auf, sondern sie zerstören.

Das zwingendste Gebot der Stunde ist, den Blick von der Vergangenheit auf die Zukunft zu richten. Die Stunde des Handelns ist gekommen. Deshalb haben wir in Deutschland noch einmal den Versuch gemacht, die lebendigen aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen, um dem deutschen Volke überhaupt die Lebensgrundlage zu sichern. Die Zeit der kleinen Mittel, der Atempausen, der Vertagungen, ist endgültig vorbei. Es muß jetzt ganze Arbeit geleistet werden. Ich sehe die große historische Aufgabe dieser Konferenz darin, aus dem verhängnisvollen Circulus vitiosus der Vergangenheit endgültig herauszukommen und so den Weg für eine bessere Zusammenarbeit freizumachen, die uns alle einer besseren Zukunft entgegenführen kann."

Frankreich besteht auf Tributen.

Der französische Ministerpräsident Herriot

gab in Erwiderung auf die Rede des deutschen Reichskanzlers eine Erklärung ab, in der er ausführte: Die französische Regierung hat die Pflicht, ihre eigenen Interessen zu vertreten, will jedoch durchaus dem deutschen Volk zu verstehen geben, daß sie im allgemeinen Interesse und des gemeinsamen Friedens handele. Die französische Regierung nehme mit Befriedigung von der Erklärung des Ministerpräsidenten Macdonald über die Achtung der Verträge Kenntnis, die allein die Grundlage der internationalen Moral und der kommenden Zeiten bilden könne.

Der Baseler Sachverständigenbericht

müsse für die Konferenz Gesetz und allgemeine Regel sein. Die französische Regierung nehme die Schlußfolgerung des Berichtes an, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands im weiten Umfange die Ursache der wachsenden Lähmung der Kredite in der Welt sei und daß ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen notwendig sei. Die französische Regierung stelle fest, daß die Lausanner Konferenz bereits den Grundsatz der „universellen Regelung" angenommen habe und Europa nicht allein vorgehen könne.

Der Baseler Sachverständigenbericht besage, daß Deutschland bestimmt eines Tages sein wirtschaftliches Gleichgewicht wieder finden werde. Aus diesem Grunde könne für eine dauerhafte Regelung weder von einer Zeitspanne außergewöhnlichen Wohlstandes, noch von einer Zeitspanne außergewöhnlichen Daniederliegens ausgegangen werden.

Nach Auffassung der französischen Regierung sei das Reparationsproblem nicht lediglich eine deutsch-französische Frage. Die Streichung der Reparationen würde zahlreiche Länder treffen. Das Reparationsproblem werfe das Gesamtproblem der europäischen Wirtschaft auf. Deutschland könne allein zweifellos nicht der allgemeinen Krise widerstehen. Notwendig sei die allgemeine Wiederherstellung Europas. Frankreich fordere jetzt nur einen allgemeinen Plan, ohne den seinigen aufdrängen zu wollen.

Die vollständige Streichung dr Reparationen

stelle keine wirksame und gerechte Lösung der in Lausanne zur Frage stehenden Probleme dar. Die Schulden und Reparationen bedeuteten nur eine Ursache der europäischen und der Weltunruhe, die nicht durch Übertragung der Lasten von einem Land auf das andere überwunden werden könne.

Es gebe keinen Wirtschaftsfrieden ohne politischen Frieden und umgekehrt. Dieser Gesichtspunkt müsse die Arbeit der Konferenz leiten. Die französische Regierung stellt daher im Sinne der Sachverständigen fest, daß die notwendige Regelung weit über das allgemeine „Problem Deutschland" hinausgehe.

England bedingt bereit.

Der englische Schatzkanzler Chamberlain

verlas sodann eine Erklärung, nach der die englische Regierung eine endgültige Regelung der gesamten Reparationen fordere und bereit sei, von sich aus auf alle weiteren Reparationszahlungen Deutschlands zu verzichten, falls auch sämtliche übrigen Mächte das gleiche täten. Ein derartiger Verzicht bedeute für England ein großes finanzielles Opfer, das jedoch die englische Regierung im Interesse des Wiederaufbaues der Welt zu bringen bereit sei. Diese Auffassung werde von der ganzen englischen Nation, von der Regierung und dem Parlament und der Opposition einmütig vertreten.

Zu neuen Wegen.

Ein Anfang in Lausanne? — Zwei neue Notverordnungen.

Es war einmal . . ., so fangen alle Märchen an. So möchte man auch anfangen, wenn man von den guten alten Vorkriegstagen spricht, wo in der Sommerhitze kein Mensch Lust hatte, sich mit Politik zu beschäftigen oder gar sich darüber zu ärgern. Ach, das alles war einmal; wird es jemals wiederkehren? Es ist kaum auszudenken. Heute ist es mit der Sommerruhe vorbei, in der Politik sowohl wie im Leben des einzelnen; die Sorgen lassen uns nicht los, wenn auch die Sonne noch so lockt. Wir sind Gefangene unseres Schicksals, und dieses Schicksal heißt: die Politik. Während die Sonne heiß vom Himmel brennt, leben wir in Ereignissen von allergrößter Tragweite, und wissen nicht, wohin wir den Blick zuerst richten sollen: auf Lausanne, wo sich der Endkampf um die Tribute abspielt, oder nach innen, wo eine neue Reichsregierung nach neuen Wegen sucht, um aus dem Tale des Elends wieder in gesunde Höhen zu kommen.

*

Was wird uns Lausanne bringen? Wer möchte nicht dem armen, geplagten deutschen Volk Hoffnungen machen, daß es endlich aus der mörderischen Tributumschlingung loskommt? Wer möchte ihm nicht sagen: Bald, bald wirst du von dem furchtbaren Druck befreit! Die Zeiten sind vorbei, in denen man — auch an verantwortlichen Stellen — sich der Täuschung hingab, Hoffnungen zu erwecken wäre besser, als dem Volk die nüchternen Tatsachen vor Augen zu stellen. Jeder Hoffnung folgte Enttäuschung, eine nach der andern, eine bitterer als die andere, so daß heute das deutsche Volk allen Konferenzen und allen damit zusammenhängenden Versprechungen größtes Mißtrauen entgegenstellt. Auch Lausanne wird eine Enttäuschung mehr bereiten, mag es so oder so ausgehen. Wir sind darauf gefaßt, daß auch jetzt wieder der ewige Friedensstörer der Welt, der Franzose, sich gegen jede bessere Einsicht stemmt und eine Verständigung noch einmal unmöglich macht. Damit kann er allerdings nichts an der Tatsache ändern, daß Deutschland weitere Tribute nicht mehr leisten kann. Diese Tatsache besteht vor der ganzen Welt, und den anderen bleibt nichts übrig, als daraus die Folgerungen zu ziehen.

Der Reichskanzler von Papen hat dies den Mächten auf der Lausanner Konferenz in eindringlichen Worten dargelegt und mit der Mahnung geschlossen: Die Zeit der Vertagungen ist jetzt endgültig vorbei! Es muß jetzt ganze Arbeit geleistet werden. Daß endlich ein Schlußstrich unter den Tributstreit gemacht werden muß, hat auch der englische Ministerpräsident Macdonald in seiner Eröffnungsrede deutlich gesagt mit den Worten: Ein sofortiges Abkommen werde eine hundertfältig wohltuendere Wirkung haben als alle unvollkommenen, mühsamen und endlosen Verhandlungen, die nur weiter die allgemeine Ungeduld verschärfen können. Was Herr Macdonald allerdings noch weiter gesagt hat, klingt etwas dunkel: er meint, Verpflichtungen, die sich als undurchführbar erweisen, müßten auf dem Wege des Übereinkommens revidiert werden, dieser Tatsache müßten beide Seiten Rechnung tragen. Von einer Streichung der Tribute sprach er mit keinem Wort! Beide Seiten müssen der Tatsache Rechnung tragen! Beide Seiten, also auch Deutschland. Welchen Tatsachen aber soll Deutschland noch Rechnung tragen? Vielleicht daß der Franzose nicht auf seine Forderung verzichten will?

Deutschland hat es wahrhaftig an gutem Willen nicht fehlen lassen und hat sich abgemüht, die Tributleistungen bis zur Selbstvernichtung zu erfüllen. Niemand kann uns zumuten, Selbstmord zu begehen. Wir machen jetzt von dem einfachen menschlichen Recht der Selbsterhaltung Gebrauch. Das sind Tatsachen, die auch durch die feierlichen Verpflichtungen nicht aus der Welt geschafft werden können.

*

Während es in Lausanne darum geht, ob die Vernunft in der Weltpolitik siegt und die Völker neue Hoffnung fassen können, sind wir in Deutschland im Begriff, neue Wege auf der Suche nach Rettung zu beschreiten. So mancher wird wohl sagen: das fängt gut an, mit neuen Steuern und Lasten, mit neuen Einkommenskürzungen. Die neuen Männer aber sagen, das sei nicht der Anfang des neuen, sondern der unvermeidliche Endpunkt des alten Brüningschen Weges. Erst jetzt komme die entscheidende Wendung. Vorerst steht die neue Reichsregierung mit ihrem Glauben noch allein. Die Öffentlichkeit steht ihr teils ablehnend, teils vorsichtig abwartend und zurückhaltend gegenüber. Die jüngste Notverordnung, die Lockerung und teilweise Beseitigung der politischen Ausnahmebestimmungen gegen die Presse und die politischen Verbände, ist immerhin ein Zeichen dafür, daß der alte Kurs verlassen werden soll. Herr Brüning war schlecht beraten, als er sich in der Einschränkung der politischen Freiheit so weit treiben ließ, daß schließlich von den Freiheiten der Weimarer Verfassung nichts mehr übrigblieb. Das merkwürdige dabei war, daß er gerade von denen, die sich als die geborenen Hüter der Verfassungsrechte preisen, auf diesen falschen Weg gedrängt wurde. Hier will nun die neue Reichsregierung Wandel schaffen. Die Aufhebung der politischen Beschränkungen ist ja auch die notwendige Folgerung der Begründung, mit der der Reichspräsident den Reichstag aufgelöst hat, weil der Reichstag nicht mehr der Stimmung des Volkes entsprach. Das legte der Reichsregierung die selbstverständliche Pflicht auf, so weit als möglich alle Schranken in der politischen Lebensäußerung zu beseitigen, damit der Wille des Volkes frei und ungehindert zum Ausdruck kommen kann. Daß sie mit der Aufhebung der bisherigen Beschränkung eine schwere Verantwortung übernommen hat, darüber ist sich die neue Reichsregierung vollkommen klar, sie droht deshalb auch wiederholt in ihren Veröffentlichungen mit der Wiedereinführung der Einschränkungen für den Fall, daß es wieder zu politischen Zusammenstößen kommen sollte. Sehr zu begrüßen ist, daß die neue Notverordnung die Strafen für die politischen Roheitsdelikte noch verschärft. — Es ist nun Sache der verantwortlichen Führer der politischen Verbände und Vereine, dafür zu sorgen, daß im politischen Kampf von der gewährten Freiheit der Gebrauch gemacht wird, der eines gebildeten und gesitteten Volkes würdig ist.

Vater Staat, die Hausfrau und der Kaufmann.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Staatswirtschaft, ursprünglich ganz verschieden von der Einzelwirtschaft, dem Zweck und den Mitteln nach, ähnelt sich immer im grundsätzlichen Gebahren den Prinzipien der letzteren an. Zur Zeit des absoluten Staates kannte man den Grundsatz der Sparsamkeit eines ordentlichen Hausvaters bei der Aufstellung des Etats noch kaum. Jetzt ist dieser Gedanke zur unumgänglichen Notwendigkeit und Richtschnur im öffentlichen Haushalt geworden und sollte es immer noch mehr werden. Warum aber, so fragt sich der Laie, folgt der Staat nicht auf noch einem anderen wichtigen Gebiet dem Beispiel der guten Hausfrau? Diese gibt nicht mehr aus, als sie einnimmt, während Vater Staat zuerst in seiner Etatfestsetzung bestimmt, was er ausgeben will, und danach bestrebt ist, seine Einnahmen mit diesen Ausgaben durch die Steuererhebungen in Einklang zu bringen. Aus der Tatsache, daß das häufig oder meistens nicht gelingt, ergeben sich dann die Fehlbeträge, die Staatsschulden usw. Vielleicht versucht es auch der Staat einmal andersherum und gibt nicht mehr und nicht eher etwas aus, als bis das Geld, das er braucht, im Kasten klingt. Dieser Grundsatz wäre ein heilsamer Zwang zu unbedingter Sparsamkeit. Denn wo nichts ist, kann auch nicht mehr ausgegeben werden, während das Papier der jetzigen Etatsakten geduldig ist, und sich mit reinen Zahlen leicht jonglieren und ein Ausgleich auf der Ausgaben- und Einnahmenseite schaffen läßt, den die rauhe Wirklichkeit oft grausam zerstört.

Nicht nur bei Zahlungen und Einnahmen aber sollten der öffentlichen Hand rein wirtschaftliche Maßnahmen als Vorbild dienen, sondern auch bei Nichtzahlungen oder Nichtzahlenkönnen eines Staates sollten die betroffenen Gläubiger sich in ihrem Verhalten nach den Erfahrungen der Privatgläubiger richten.

Hier hat sich gezeigt, und besonders in der letzten Zeit, worauf auch die sonst kaum erklärliche Abnahme der Konkurse zurückzuführen ist, daß, wenn die Gläubiger durch allzu hartes Vorgehen und Pochen auf ihren guten Schuldschein den Schuldner zum Zusammenbruch, d. h. zum Konkurs bringen, sie sich selbst Schaden zufügen.

Ein Konkursverfahren dauert jetzt im Durchschnitt etwa 15 Monate. Während dieser Zeit entstehen an Massekosten und Masseschulden erfahrungsgemäß etwa 10 Prozent der bei Eröffnung des Konkurses vorhandenen Verbindlichkeiten. Während der Verfahrensdauer vermindert sich der Wert der Konkursmasse nicht allein durch Verschleuderung in Zwangsversteigerungen, sondern gegenwärtig mindestens ebenso stark durch den allgemeinen Preissturz (in den letzten fünfzehn Monaten sind zum Beispiel die Einzelhandelspreise für Bekleidung um 20 Prozent gesunken). Alles in allem bringt ein Konkursverfahren den Gläubigern im Durchschnitt kaum mehr als 10 bis 12 Prozent ihrer Forderungen ein. Infolgedessen scheinen sich die Fälle zu häufen, in denen die Gläubiger auf die Durchführung von Konkursverfahren verzichten, und zwar in der Hoffnung, durch

Abstimmungswirrwarr in Preußen

Eine Rekorddauersitzung.

Amnestie- und Notverordnungsfragen vor dem Preußischen Landtag

In einer siebzehnstündigen Sitzung die mit zum Teil erregten Auseinandersetzungen angefüllt war, behandelte der Preußische Landtag vornehmlich zwei Fragen: Das Amnestiegesetz und den von verschiedenen Parteien eingebrachten Antrag auf Aufhebung der von der geschäftsführenden preußischen Regierung erlassenen Notverordnung.

Die Beratung des Amnestiegesetzes

hatte einen eigentümlichen Ausgang. Zu den verschiedenen vorgelegten Anträgen auf Amnestierung politischer Vergehen waren zahlreiche Abänderungsanträge eingegangen. Als es zur Abstimmung kam, sahen sich die Abgeordneten einem ziemlich undurchsichtigen Gestrüpp von Anträgen, Zusatzanträgen, Abänderungsanträgen usw gegenüber. Der zur Zeit der Abstimmung amtierende sozialdemokratische Vizepräsident Wittmaack stellte zunächst einen sozialdemokratischen Abänderungsantrag zur Amnestievorlage zugunsten derjenigen zur Abstimmung, die aus wirtschaftlicher Not heraus straffällig geworden sind. Der Antrag wurde in zweiter und dritter Lesung von den Sozialdemokraten, der Staatspartei, den Kommunisten und dem Zentrum angenommen. Das Haus erwartete nun die weiteren Abstimmungen über die Amnestievorlage. Jetzt aber stellte sich erst heraus, was Wittmaack schon in einer unverständlich gebliebenen Bemerkung erklärt hatte, daß der sozialdemokratische Antrag alle übrigen Amnestievorschläge erledige. Darüber entstand im Hause große Erregung, die Sitzung wurde für längere Zeit unterbrochen, der Ältestenrat befaßte sich mit der Angelegenheit. Eine nochmalige Abstimmung über die anderen vorliegenden Amnestieanträge war jedoch nach der Geschäftsordnung nicht mehr zulässig. Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten kündigten an, daß sie ihre Anträge auf politische Amnestie in der nächsten Woche erneut einbringen würden, so daß sie also nochmals zur Abstimmung kommen werden.

Die Aussprache über die Notverordnung

verlief ebenfalls sehr lebhaft. Hierbei kam es zu einem scharfen Wortgefecht zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum.

Schließlich wurde der kommunistische Antrag auf Aufhebung der preußischen Notverordnung mit 243 Stimmen aller Parteien, außer Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, angenommen. Der gleichlautende deutschnationale Antrag war damit erledigt.

Die nächste Sitzung des Landtages ist auf Mittwoch, den 22. Juni anberaumt worden. Es soll dann außer der endgültigen Wahl des Landtagspräsidiums und der Wahl des Ministerpräsidenten die Beratung der neueingebrachten Amnestiegesetzentwürfe in allen drei Lesungen stattfinden.

Das geschäftsführende preußische Staatsministerium steht zu der vom Preußischen Landtag beschlossenen Aufhebung der preußischen Notverordnung auf dem Standpunkt, daß der Landtag diese Notverordnung überhaupt nicht aufheben könne, weil sie sich auf eine Ermächtigung des Reichspräsidenten (Reichsnotverordnung zur Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Finanzen) stütze. Der Landtag könne die Notverordnung erst dann zu Fall bringen, wenn er ein förmliches Gesetz in allen drei Lesungen annehme. Dieses Gesetz müsse dann dem Staatsrat zugeleitet werden, der es voraussichtlich ablehnen werde. Dann würde das Gesetz vom Landtag nur mit Zweidrittelmehrheit rechtsgültig gemacht werden können.

Überdies hat das Zentrum einen Antrag eingebracht, nach dem der Landtag beschließen solle, geeignete Maßnahmen zu treffen, die einen Ausgleich des Etats und Erfüllung der notwendigen Staatsausgaben gewährleisten und damit die zum Ausgleich des Etats erlassene preußische Verordnung entbehrlich machen.

Das Uniform- und SA.-Verbot

Der Widerstand der süddeutschen Länder.

Während die norddeutschen Länder, auch Sachsen und Hessen, die in der Notverordnung der Reichsregierung bestimmten Lockerungen der politischen Beschränkungen durchführen wollen, erklären die süddeutschen Staaten Bayern und Baden an einer Sonderregelung festhalten zu wollen. Württemberg hat allerdings zugesagt, daß es die Aufhebung des Uniformverbotes mitmache, aber das Demonstrationsverbot will Württemberg beibehalten. Anders liegen die Dinge in Bayern und Baden. Um hier die Vorgänge voll zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß in Bayern die Bayerische Volkspartei herrscht, die auf dem Boden des Zentrums steht, und daß in Baden sich Zentrum und Sozialdemokratie in die Macht teilen. In beiden Ländern stehen also die Regierungen parteipolitisch gesehen in scharfer Opposition zur jetzigen Reichsregierung. Beide Länder erklären, daß sie an dem Uniformverbot festhalten. Baden hat sofort für sein Gebiet ein allgemeines Uniformverbot erlassen. Bayern hat den Krach mit den uniformierten, nationalsozialistischen Abgeordneten im Landtag zum Anlaß genommen, das Uniformverbot zu verlängern. Beide Regierungen halten natürlich auch am Demonstrationsverbot fest, was übrigens auch die meisten anderen Länder tun. Diese Demonstrationsverbote sind in den Ländern auf Grund der Reichsverfassung ergangen und werden von der jetzigen Notverordnung nicht berührt. Bezüglich des aufgehobenen Uniformverbotes steht die Reichsregierung vorerst auf dem Standpunkt, daß nach Aufhebung des Verbots durch die Notverordnung keine reichsrechtliche Regelung mehr bestehe, die Länder hätten also freie Hand, ihrerseits in diesem Punkt zu tun, was sie zur Sicherung der Ordnung für notwendig halten. Die Reichsregierung ist bestrebt, in keiner Weise in die Polizeihoheit der Länder einzugreifen. Bayern und Baden werden natürlich auch der Wiederaufstellung der nationalsozialistischen SA.-Formationen Widerstände entgegensetzen. Die Nationalsozialistische Partei hat sich auch schon an das Reich gewendet und ein Einschreiten der Reichsregierung gefordert. Wie nun der Streit beigelegt wird, ist noch nicht abzusehen. Die Reichsregierung wird und muß natürlich alles versuchen, um eine Verschärfung des Konfliktes zwischen Nord und Süd zu vermeiden. Sie will zunächst einmal genau prüfen, auf Grund welcher landesrechtlicher Bestimmungen die beiden Länder ihre Anordnungen erlassen haben. Von dem Ergebnis dieser Prüfung werden die weiteren Maßnahmen abhängen.

*

Uniformverbot in Bayern.

Die Tumulte im Bayerischen Landtag, die durch das Auftreten der NSDAP.-Abgeordneten in Uniform entstanden, hat die bayerische Regierung zum Anlaß genommen, das Tragen von Parteiuniformen weiterhin zu verbieten.

In der amtlichen Erklärung heißt es:

Der Herr Reichspräsident ist bei der Aufhebung des bisherigen Uniformverbots von der Erwartung ausgegangen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Erwartung von vornherein nicht teilen. Sie wollte aber zunächst die Entwicklung abwarten und sich nur vorbehalten, zur Vermeidung von Ausschreitungen beschränkende Vorschriften über das Uniformtragen für bestimmte Anlässe ins Auge zu fassen. Die empörenden Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmäßigen Einrichtungen und des Verfassungslebens in Bayern richten, zwingen aber die Staatsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechts das Tragen von Parteiuniformen bis zum 30. September d. J. für das ganze Land Bayern zu verbieten.

*

Erlasse an die SA. und SS.

Kundgebungen Hitlers und Röhms.

Adolf Hitler hat zum Wiedererstehen der SA.-Leitung folgenden Erlaß bekanntgegeben:

„Ich ordne hiermit die Neuerrichtung der SA. an und beauftrage damit den Chef des Stabes, Ernst Röhm. Die Gruppenführer der SA. bestätige ich vorläufig in ihren Dienststellen und in den Dienstbereichen, für die sie vor der Auflösung der SA. ergangen waren. Die SS. wird von Reichsführer Himmler neu aufgestellt. Die gesamten organisatorischen Anordnungen der früheren SA. gelten zunächst als Anhalt. Sie werden in Kürze neu erlassen. Die weiteren Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Stabes."

Der Chef des Stabes der SA., Röhm, erläßt einen Aufruf, in dem er u. a. mitteilt, daß er durch das Vertrauen Adolf Hitlers wieder als Chef des Stabes berufen und mit der Neuaufstellung der SA.- und SS.-Gliederungen beauftragt worden sei.

Auch der Reichsführer der SS., Himmler, gibt in einem Aufruf seine Wiederbetrauung bekannt und ruft den Leuten der Schutzstaffeln zu: „SS.-Mann, Deine Ehre heißt Treue!"

Weiter erläßt der Chef des Kraftfahrwesens der SA. und stellvertretende Korpsführer, Hühnlein, einen Aufruf, worin das nationalsozialistische Kraftfahrkorps und die Motorstürme und Staffeln der SA. und SS. zu regem Einsatz aufgefordert werden. Endlich erläßt noch der Reichsjugendführer Baldur von Schirach einen Aufruf an die Hitlerjugend, worin es heißt: „Das Verbot der Hitlerjugend ist gefallen, weil es unmöglich war, den Geist dieser Jugend zu verbieten."

Bei der neuen Bewegung scheint der frühere Diktator Ibanez seine Hand im Spiele gehabt zu haben. Ein neues Direktorium ist bereits gebildet, das aus Carlos Davila, Pedro Carbenos und Alberto Cabero besteht. Man rechnet damit, daß Ibanez selbst, der kürzlich in der argentinischen Stadt Mendoza war, inzwischen bereits nach Santiago abgereist ist, wo ihm ohne Zweifel eine führende Stellung von dem neuen Direktorium zugedacht ist.

Das neue Direktorium hat bereits eine Proklamation erlassen, in der erklärt wird, daß es sich um eine patriotische Bewegung handle, die in scharfem Gegensatz zur Dritten Internationale stehe. Sie wolle die Sozialisierung auf gesetzlichem Wege durchführen. Das Privateigentum der einzelnen Bürger bleibe gesichert.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 18. Juni 1932.

Hinab oder hinauf?

Röm. 8, 19: Das ängstliche Harren der Kreatur wartet auf die Offenbarung der Kinder Gottes.

In der wunderbaren Epistel von heute, Römer 8, 18—24, faßt Paulus den Menschen und die ganze Kreatur in eins. Der Mensch gehört mit allen Kreaturen zusammen: das predigt uns seit hundert Jahren auch unsere moderne Naturlehre. Aber es ist da ein großer Unterschied. Heute meint man es so: der Mensch muß hinabsteigen von seiner Höhe, er gehört zu den Tieren. Mit geradezu krankhafter Freude hat unsere Zeit, indem sie schwelgte von der Herrlichkeit der Natur, dem Menschen seine Herrlichkeit abgesprochen, und sie tut sich gar noch was zugute auf diese „tiefe" Erkenntnis. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Immer seelenloser ist sie in ihrem Streben, immer roher, bis zum Tierischen in ihrer Lebensauffassung, ihrem Genießen bergab gesunken und: immer unfreier, hilfloser, unglücklicher ist sie geworden durch diese frevlerische Selbstherabsetzung.

Diesem furchtbaren Hinabziehen der Menschenwelt steht hier bei Paulus etwas ganz anderes gegenüber. Auch er faßt die Kreatur mit dem Menschen zusammen, aber so, daß er die Kreatur emporhebt. Wie tief erkennt er die Kreatur, wie schmerzlich hört er sie seufzen, wie ergreifend weiß er ihr Seufzen zu deuten! Weil er nicht den Menschen nach der niederen Kreatur deutet, sondern die ganze Kreatur nach dem Menschen. Ein gleiches Sehnen quält sie beide: die Sehnsucht nach Erlösung von Nichtigkeit und Vergänglichkeit, die Sehnsucht über sich selbst hinaus, die Sehnsucht nach der Freiheit der Kinder Gottes, die da wissen: zu was Besserem sind wir geboren; die da wissen, und das ist eins der tiefsten Worte, wie er im Vers 22 sagt: Alle Kreatur liegt „noch immer in Wehen der Geburt" (so heißt es wörtlich übersetzt). So faßt er Natur und Menschen, so faßt er das viele Leiden aller Kreatur mit all dem Leid der Menschen zusammen: Geburtsleiden einer besseren Zukunft sind es. So wird ihm die Leidensnacht zur Morgendämmerung, und hoffnungsfroh harrt er hier dem neuen Tag entgegen. Woher er diese siegesgewisse Hoffnung hat? Weil er den Gottesgeist in sich reden ließ und auf ihn hörte.

Wie wird das Wetter?

Das Hochdruckgebiet, das sich gegen Ende der Vorwoche über Mittelskandinavien gebildet hatte, kräftigte sich so sehr, daß die verschiedenen Randströmungen auf die Witterung in unserem Gebiete zunächst keinerlei Einfluß hatten. Wir bekamen daher eine längere Schönwetterperiode. Bei den ziemlich frischen nordwestlichen Winden trat freilich eine merkliche Abkühlung ein. Nur im Südosten und im Alpenvorland kam es infolge engbegrenzter Störungsgebiete zu stärkeren Niederschlägen. Ein Wetterumschlag bereitete sich dann im Laufe des Donnerstags vor. Der Kern des Hochdruckgebiets, der nach Nordskandinavien zurückgedrängt war, verkleinerte sich, auf der anderen Seite drang ein Tiefdruckwirbel von den britischen Inseln gegen die Nordsee vor. Infolgedessen strömten feuchte Luftmassen aus Westen nach West- und Nordwestdeutschland vor. Sie erreichten am Freitag bereits Mitteldeutschland. Infolge dieser neuen Störung werden wir in den nächsten Tagen mit vorwiegend wolkigem Wetter und auch wiederholten Niederschlägen zu rechnen haben. Die Temperaturen dürften etwas sinken.

—* **Beschleunigungsmittel des Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs.** Ueber obiges Thema spricht im Rahmen der postwissenschaftlichen Veranstaltungen der Westfälischen Verwaltungsakademie und Akademie für Staatsbürgerkunde am Dienstag, den 21. Juni Herr Postrat Trogemann, Münster i. W. Der Vortrag findet um 20,15 Uhr im Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Münster i. W., Johannisstraße 9 statt. Eintritt ist frei.

—* **Sprechende Zahlen von der Not des Handwerks.** In einer 400 000 Einwohner zählenden Großstadt des Regierungsbezirks Düsseldorf wurden Anfang Juni d. J. insgesamt 680 selbständige Handwerksmeister aus städtischen Wohlfahrtsmitteln unterstützt. Die Aufstellung nach Berufsständen ergab folgendes Bild: Schreinermeister 79, Schuhmachermeister 43, Maler- und Anstreichermeister 104, Bäcker- und Konditormeister 24, Schneidermeister 66, Metzgermeister 10, Schmiedemeister 5, Schlossermeister 41, Klempner- und Inst.-Meister 33, Sattler- und Polsterermeister 35, Buchbindermeister 21, Elektrikermeister 10, Faßbindermeister 4, Maurermeister 40, Zimmerermeister 6, Dachdeckermeister 31, Uhrmachermeister 4, Friseurmeister 22, Stellmacher- und Wagenbauer 4, Mechanikermeister 4, Pflasterermeister 5, Sonstige Meister 59.

—* **Sommerferien.** Auf Grund der Ferienordnung des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten vom 6. November 1913 und mit besonderer Ermächtigung der Regierung, Abt. für Kirchen- und Schulwesen in Arnsberg sind nach Anhörung der Schulverbände für alle Volksschulen des Kreises Altena (mit Ausnahme der Städte Altena und Plettenberg) sowie für die Rektoratschulen in Halver, Schalksmühle und Werdohl die Ferien wie folgt festgesetzt: Die Hauptferien werden in Sommer- und Herbstferien geteilt. Die Sommerferien beginnen in allen Gemeinden des Kreises am Donnerstag, den 28. Juli 1932 und enden am Mittwoch, den 24. August 1932 (Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 27. Juli 1932, Wiederbeginn: Donnerstag, den 25. August 1932. Die Herbstferien werden später besonders festgesetzt.

Halver

Versammlungs- und Umzugsverbot bleibt in Preußen bestehen.

—0 Das Landeskriminalpolizeiamt Berlin teilt mit, daß durch die am 17. Juni 1932 in Kraft getretene Notverordnung der Reichsregierung das Preußische Verbot der **Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel** vom 31. Oktober 1931 nicht berührt wird. Es bleiben mithin Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel in dem bisherigen Umfange **verboten.**

—=) **Elternbeiratswahlen.** Wir weisen nochmals auf die morgen stattfindende Wahl zum Elternbeirat hin und machen darauf aufmerksam, daß beide Eltern wahlberechtigt sind.

—=) Die Teilnehmerinnen des vor kurzem beendeten **Näh- und Handarbeitskursus zu Hagen** besuchte am gestrigen Freitag ihre Leiterin Schwester Klara hierselbst. In Schalksmühle wurden die Gäste von Schwester Klara und Teilnehmerinnen des hiesigen Nähkurses in Empfang genommen. Die Wanderung ging nach der Glörtalsperre, Schöneberge, Löhbach, Halver. Von hier fuhren die Gäste mit dem Abendzuge nach ihrem Heimatsort zurück.

—† Gestern nachmittag fand die Beerdigung des verstorbenen Landwirts Fritz Benscheidt aus Othmaringhausen statt. Ein außergewöhnlich großes Trauergefolge erwies dem Verstorbenen die letzte Ehre, ein Zeichen, welch großer Beliebtheit und Wertschätzung der Heimgegangene in allen Kreisen der Bevölkerung der näheren und weiteren Umgebung sich erfreute. Pfarrer Stommel entwarf an der Gruft des Entschlafenen ein wahres Lebensbild dieses echten deutschen Mannes, der nicht nur als Mensch seine Aufgaben voll erfüllt, sondern auch einen christlichen Lebenswandel geführt habe. Nach dem Einsegnen des sterblichen Teiles schloß sich langsam die Gruft über diesem allseitig beliebten Mitbürger. Möge ihm die Erde leicht sein!

Schalksmühle

—x Ihre **Silberhochzeit** feiern am kommenden Dienstag, den 21. Juni die Eheleute Gemeindevorsteher Hugo Dannenberg und Frau Emma geb. Werkshagen zu Flaßkamp bei Schalksmühle. Wir gratulieren.

—x Zum **deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt a.M.** (21.—24. Juli) an dem über 30 000 deutsche Sänger teilnehmen, auch deutsche Sänger aus dem Auslande nehmen teil, wird der MGV. Schalksmühle e. V. die Fahne und etwa 8 Mann entsenden. Es ist dies wohl der einzigste Verein aus dem Volmetal, der an dem großen deutschen Feste offiziell teilnimmt. Außerdem beschloß der Verein der Einladung des Hagener Doppelquartetts, das am 16. Juli anläßlich seines 25jährigen Bestehens eine Jubelfeier in der Friedrichslust in Hagen veranstaltet, Folge zu leisten und daselbst mitzuwirken. Am deutschen Liedertag, am 26. Juni, wird der Verein im Ortszentrum nach Schluß des Gottesdienstes vormittags, wie alljährlich, seine Lieder erklingen lassen.

Kierspe

—s **Nachtrag.** Zu unserem Bericht über die Vereinsgeschichte der Freiwilligen Feuerwehr Kierspe ist noch nachzutragen, daß Otto Lemmer in Kierspe der Wehr seit dem Jahre 1898 angehört.

—s **Eine Versammlung des Schützenvereins** fand am Mittwoch abend im Hotel Plate statt. Gegenstand der Beratung war das Schützenfest. Da der Verein im vorigen Jahre kein Fest feierte, so war man der Ansicht, daß es im Interesse des Zusammenhalts des Vereins nötig sei, in diesem Jahre wieder ein Fest aufzuziehen. Demgegenüber stehen jedoch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die ein Feiern nicht als angebracht erscheinen lassen. Es wurde beschlossen, über die notwendigen Vorbereitungen genau Erkundigungen einzuziehen, um unter Umständen ein Fest der Zeit entsprechend in bescheidenen Formen zu veranstalten. Darüber soll jedoch, bevor die Generalversammlung einberufen wird, nochmals in einer Vorstandssitzung verhandelt werden. Die angeregte Unterhaltung und das Interesse an der Vereinsarbeit zeigte, daß in der heutigen Zeit der Zersplitterung die einende Kraft des Schützengeistes noch lebendig ist.

Lüdenscheid. Eine Sitzung der Amtsvertretung Lüdenscheid findet am Dienstag, dem 21. Juni 16 Uhr im Sitzungssaal, eine solche der Gemeindevertretung Lüdenscheid-Land am Mittwoch, dem 22. Juni, 16 Uhr, im Sitzungssaale und der Gemeindevertretung Hülscheid am Donnerstag, dem 23. Juni, 14 Uhr in Heedfeld im Gasthof Spelsberg statt. In sämtlichen Sitzungen werden die Haushaltspläne für 1932 beraten.

Herscheid. Einbruch. Nachts wurde in die Wirtschaft Schürmann, Wilhelmshöh, eingebrochen. In den unteren Wohnräumen waren alle Schubläden geöffnet, jedoch aus den Fächern nichts entwendet, obwohl darin Silberbestecke usw. vorhanden waren. Die Wechselkasse in der Wirtschaft war aufgebrochen. Es war noch ein geringer Bestand darin. Anscheinend hatten es die Einbrecher nur auf Geld abgesehen, da außer 20 Zigarren auch die Sparbüchse des Kindes mitgenommen wurde.

Hagen. Ein Lerchennest auf dem Sportplatz. Einen recht eigenartigen Platz zum Nisten hat sich ein Lerchenpärchen in Hagen gesucht, das mitten auf dem Sportplatz sein Nest gebaut hat, aus dem bereits drei hungrige Mäulchen herausragen. Um nun den Spielbetrieb nicht einstellen zu müssen, andererseits aber auch den Lerchen kein Leid anzutun, wird das Nest während des Spiels mit einem gewölbten, starken Holzdeckel geschlossen, so daß niemand mit dem Fuß in das Nest treten kann. In dem Deckel befindet sich eine kleine Oeffnung, durch die die Alten auch während des Spiels hindurchschlüpfen können. Sobald das Spiel vorbei ist, wird der Deckel wieder entfernt.

—=) **Hohl b. Kreuzberg.** Gestern nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr entstand in der Scheune des Landwirts Sonnenberg hierselbst ein Brand, der mit solcher Schnelligkeit um sich griff, das nichts mehr gerettet werden konnte. Ein eben eingefahrener Wagen mit Heu wurde ebenfalls ein Raub der Flammen. Das Feuer sprang gleich auf das nebenstehende Wohnhaus, ein altes Fachwerkgebäude, über. Die schnell herbeigeeilte Kreuzberger Freiw. Feuerwehr konnte nichts mehr retten. Die Scheune war bereits bei ihrem Eintreffen total niedergebrannt und das Wohnhaus ist gleichfalls bis auf die Grundmauern abgebrannt. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt.

1882 Willkommen 1932
in Kierspe z. 19. Juni
50jähr. Stiftungsfest mit Fahnenweihe d. Freiw. Feuerwehr

Herzlich willkommen ihr Männer der Tat, in unserm festlich geschmückten Ort. Ihr lieben Kameraden von nah und fern, die ihr mit uns an einem großen Ziele arbeitet im Dienste reiner Menschenliebe. Die ihr freiwillig das Banner des Guten führet, ohne jede Aussicht auf materielle Gegenleistung, ohne religiöse Einstellung und parteipolitische Weltanschauung, freiwillig dem eigenen Gewissen folgend und dabei eigenes Leben und Gesundheit freudig in die Schanze schlagt. Unsere mit lichtem Frühlingsgrün geschmückten Straßen mögen Euch beweisen, was Liebe und Dankbarkeit bedeuten, auch in der heutigen schweren Zeit. Was wir Euch bieten können ist nicht viel. Aber was Ihr bei uns findet, das sind, Gott sei's gedankt, Menschen, die den heiligen Glauben an den endlichen Sieg des Guten in der Welt trotz allem noch nicht verloren haben. Die darauf vertrauen, daß der dornenvolle lange Weg durch die Wüste doch noch an der grünen Oase enden wird und daß unser heute noch so zerrissenes Volk doch noch als eine Schicksalsgemeinschaft seinen einigenden guten Geist wiederfindet.

All diese sittlichen Momente und Worte verkörpert Ihr in Euren Reihen, ein leuchtendes Beispiel und Vorbild für die Gesamtheit. Mögen die Stunden, die wir mit Euch in unsern Mauern verbringen können, Stunden der geistigen Anregung, der Erholung und der Freude sein, welche uns alle, wenn auch nur für kurze Zeit, den grauen Alltag vergessen lassen.

Wir reichen freundlich Euch die Hand:
Ein Volk, ein Herz, ein Vaterland! H.

Zehnjähriges Bestehen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Im Rahmen der „Stunde des Beamten" sprach in dieser Woche auf der Deutschen Welle der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Albert Falkenberg, über das zehnjährige Bestehen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Der Redner wies darauf hin, daß die Gründung des Bundes in eine Zeit fiel, in der noch die Auswirkungen des verlorenen Krieges und der politischen Umwälzung die Gemüter in Erregung hielten. Auch in den Beamtenorganisationen bestand die Gefahr der Ueberspannung von Ideen, die schon in der Vorkriegszeit jahrelange Erörterungen heraufbeschworen hatten. Er erinnerte an die Koalitionsfrage, an die Frage der Beamtenausschüsse u. a. m. Schon die wochenlang vor Ausbruch des Eisenbahnerstreiks vom Februar 1922 geführten Debatten kündigten Wandlungen in der Beamtenbewegung an. Wenn auch der Eisenbahnerstreik selbst nicht als Hauptursache für die Gründung der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung angesprochen werden kann, so hätten doch seine Auswirkungen eine Beschleunigung der Entwicklung herbeigeführt.

Der 3. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes Anfang April 1922 habe bereits die neuen Fronten erkennen lassen. Der Versuch einer Ueberbrückung vorhandener Gegensätzlichkeiten gelang vorbei. Die Idee sei stärker als der Wille zur Ausgleichung gewesen. Die noch am Gründungstage verabschiedete vorläufige Satzung ließ die Absicht zielsicherer gewerkschaftlicher Führung klar erkennen. An dieser Stellungnahme habe sich im Laufe des rückliegenden Jahrzehnts nichts geändert.

Gewerkschaftliches Handeln, so führte Falkenberg weiter aus, schließt in sich die Wahrung parteipolitischer Unabhängigkeit und religiöser Neutralität. Als Vertreter von im öffentlichen Dienst tätigen Arbeitnehmerschichten konnte der Allgemeine Deutsche Beamtenbund nicht mit arbeitnehmerfeindlichen Parteien paktieren. Eine Beamtenorganisation kann nicht Koalitionsfreiheit, freiheitliches Beamtenrecht und sozialgerechte Beamtenbesoldung von Parteien verlangen, die gegen die gleichgearteten Forderungen der in der Privatwirtschaft tätigen Arbeitnehmer kämpfen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund ist sich der besonderen Stellung des Beamten im und zum Staate stets bewußt geblieben, daneben aber hat er stets die Auffassung vertreten, daß auch Beamtenpolitik nichts anderes sein kann, als das Streben nach dem rechtlichen und wirtschaftlichen Schutz der Arbeitskraft aller Staatsbediensteten. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung ergab sich die organisatorische und programmatische Fühlungnahme mit den grundsätzlich gleichgerichteten Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Sie wurde in dem Jahre 1923 mit ADGB. und AFA-Bund abgeschlossenen Organisationsvertrag sanktioniert. Der Vertrag enthält drei Grundsatzforderungen: Schutz der Republik, Umbau des geltenden Wirtschaftssystems und internationale Solidarität.

Die zehnjährige Arbeitsperiode des ADB., in der er für die Verwirklichung dieser Grundideen gewirkt hat, war überreich an inneren und äußeren Kämpfen. Dennoch darf schon jetzt behauptet werden, daß die politischen Kämpfe der nächsten Zukunft noch viel höhere Anforderungen an die Beamtenorganisationen im allgemeinen und an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund im besonderen stellen werden. Von der letzten Entscheidung über die zur Zeit so heiß umstrittene Problemstellung: Demokratie oder Diktatur? kann weder die Beamtenschaft im ganzen noch die Beamtenbewegung unberührt bleiben. Für die beamtenpolitische Praxis ergibt sich zunächst die Notwendigkeit, Verteidigungsstellung zu beziehen, um der fortschreitenden Unterdrückung eines auf modernen Grundsätzen aufgebauten Berufsbeamtentums Einhalt zu gebieten.

Raubüberfall auf ein Auto.

„Hände hoch, sonst schießen wir!"

Auf der Chaussee von Osnabrück nach Lengerich auf dem Galgenknapp wurde ein von Osnabrück kommendes mit Bürgern aus Lengerich besetztes Personenauto des Hauderers Albert Schwarze von Straßenräubern angehalten. Als der Chauffeur des Wagens, der die Straße durch Steinblöcke gesperrt sah, das Auto angehalten hatte, sprangen vier maskierte junge Männer aus dem Chausseegraben, die mit vorgehaltenen Revolvern und den Rufen: „Sitzen bleiben! Hände hoch, sonst schießen wir!" sich des Wagens bemächtigten. Geld und Wertsachen, die man den Wegelagern anbot, schlugen diese aus mit der Begründung, daß es ihnen an dem Wagen gelegen sei, denn sie seien auf der Flucht, und es handele sich um eine politische Angelegenheit. Die Insassen mußten nun den Wagen verlassen, und der Chauffeur wurde unter ständiger Bedrohung mit dem Revolver aufgefordert, die Räuber in der Richtung nach Iburg zu fahren. Kurz vor Höste wurde jedoch der Chauffeur, nachdem man ihm noch 5 Mark abgenommen hatte, abgesetzt, und die Räuber fuhren allein weiter.

Die sofort von dem Wagenbesitzer veranlaßte Suche ergab, daß man den Wagen in der Nähe von Lienen am

Straßenrande auffand. Das Auto war zwar stark beschädigt, jedoch noch fahrbereit, zeigte aber, daß die Diebe mit der Führung eines Autos nicht vertraut gewesen sind. Die Verbrecher haben offenbar die Flucht zu Fuß fortgesetzt.

Noch in der Nacht wurden die benachbarten Polizeistationen und die Bielefelder Krimnalpolizei alarmiert, die umfassende Nachforschungen nach den Räubern anstellten, die bislang aber zu keinem Erfolg geführt haben.

Das Urteil im Prozeß Matuschka.

Sechs Jahre schweren Kerker.

Am Freitag um 20.20 Uhr verkündete das Gericht das Urteil im Prozeß gegen Matuschka. Matuschka erhält sechs Jahre schweren Kerker, verschärft durch einen Fasttag und hartes Lager an jedem 31. Dezember und 30. Januar. Nach abgebüßter Strafe wird er des Landes verwiesen. Außerdem hat er die Prozeßkosten zu ersetzen und Schadensersatz in Höhe von 4199 Schillingen 72 Groschen an die österreichische Bundesbahn zu leisten. Die Untersuchungshaft vom 7. Oktober 1931 2 Uhr nachmittags bis zur Stunde der Urteilsverkündung wird in die Strafzeit eingerechnet.

Die Urteilsbegründung.

Um 20.15 Uhr wurde Matuschka in den Saal geführt, in dem es totenstill war. Fünf Minuten später erschien der Gerichtshof. Nachdem die Ablehnung aller von der Verteidigung gestellten Beweisanträge mitgeteilt worden war, wurde das Urteil verkündet, zu dessen Begründung der Vorsitzende u. a. ausführte:

Matuschka habe seine Handlungen zweifellos vorsätzlich verübt. Er selbst habe angegeben, daß es ihm auf zwei bis drei Tote nicht angekommen sei. Das ungeheuerliche seiner Tat verleite zur Annahme einer Unzurechnungsfähigkeit, doch widerspreche dem das klare und eindeutige Gutachten der Sachverständigen. Das Gericht vertrete ebenso wie die Psychiater den Standpunkt, daß er simuliere. Das Motiv seiner Taten sei zweifellos ein materielles. Er habe durch seine Anschläge die Eisenbahnen veranlassen wollen, seine Erfindung zur Verhütung von Eisenbahnunfällen zu kaufen. Erschwerend für die Beurteilung sei die Wiederholung der Attentate. Das Geständnis, die Unbescholtenheit und der Umstand, daß bei den Anzbacher Attentaten, die allein zur Anklage stünden, keine Verletzten vorhanden gewesen seien, sowie eine psychopathischen Minderwertigkeit und die Bereitwilligkeit zur Schadensgutmachung würden als strafmildernd angenommen. Die Gefährlichkeit dieses Individiums ließen einen weiteren Aufenthalt in Oesterreich nicht angebracht erscheinen.

Die Verteidigung meldete Nichtigkeitsbeschwerde an und verzichtete auf Berufung.

Claus Heim wieder in Freiheit.

Auch die übrigen Verurteilten der Bombenleger-Prozesse freigelassen.

Gemäß dem Beschluß des Preußischen Landtages ist, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, alsbald angeordnet worden, daß die in den Strafsachen gegen Claus Heim und Genossen sowie gegen Hellmann und Genossen verurteilten und in Strafhaft befindlichen Personen sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Es handelt sich insgesamt um neun Personen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 17. Juni.

Die Schiedssprüche im Ruhrbergbau angenommen.

Berlin. In der Lohn- und Manteltarifstreitigkeit im Ruhrbergbau haben im Reichsarbeitsministerium nochmals Verhandlungen mit den beiderseitigen Tarifvertragsparteien stattgefunden. Die vom Reichsarbeitsminister Schäffer persönlich geleiteten Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Tarifvertragsparteien die am 30. Mai 1932 gefällten Schiedssprüche über den Manteltarifvertrag und Lohnvertrag nunmehr angenommen und damit zum Vertrag erhoben haben.

Ausweisung deutscher Nationalsozialisten in der Schweiz.

Basel. Die schweizerische Bundesanwaltschaft hat eine Untersuchung übr den Umfang und die Art der nationalsozialistischen Betätigung in der Schweiz durchgeführt. Der Bundesrat hat, gestützt auf die Untersuchungsergebnisse, beschlossen, keine strafrechtlichen Maßnahmen vorzunehmen. Dagegen werden die deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Moorstadt und Waldemar Schulz auf Grund von Artikel 70 der Bundesverfassung aus der Schweiz ausgewiesen. Hans Mülhausen in Lugano und Ernst Höfflinger in Zürich werden unter Androhung der Ausweisung verwarnt. Dem schweizerischen Landesvertrauensmann der Nationalsozialistischen Partei wurde erklärt, daß das Tragen der nationalsozialistischen braunen Hemden auf schweizerischem Gebiet verboten ist.

Keine Zulassung von ausländischen Arbeitskräften nach Frankreich.

Paris. Wie das Arbeitsministerium mitteilt, werden keine weiteren ausländischen Arbeitskräfte nach Frankreich mehr zugelassen. In der Woche vom 6. bis zum 11. Juni sind 13 162 Unterstützungsempfänger gestrichen worden, da eine Prüfung ergab, daß sie tatsächlich nicht arbeitslos waren.

Neuer Vulkanausbruch in den Anden.

Buenos Aires. In den Anden sind erneut vulkanische Störungen eingetreten. Durch einen Ausbruch des Vulkans Descabezado wurde die Stadt Malargue, die bei dem großen Vulkanausbruch im Frühjahr am meisten gelitten hatte, von einem Aschenregen überschüttet. Gleichzeitig wurden starke Erdbebenstöße verspürt.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Sohn, Albert Holthaus und Frau, Else geb. Maximowitz, Halver. — 1 Sohn, Heinrich Roche und Frau Elisabeth geb. Botte, Wegerhof. — 1 Tochter, Ferd. Alb. Scharfe und Frau, Kiersperhagen. — 1 Tochter Ernst Vormann und Frau, Linden. — 1 Sohn, Friedrich Nockemann und Frau, Kierspe-Bhf. — 1 Tochter, Josef Reiners und Frau, Kollenberg. — 1 Tochter, Hermann Cramer und Frau, Bollwerk. — 1 Tochter, Arno Arthur Helbig und Frau, Kierspe. 1 Tochter, Friedrich Bengelsträter und Frau, Wienhagen. 1 Sohn, Adolf Faust und Frau, zu Heide b. Meinerzhagen.

Vermählte:

Ernst Schreiber und Margarete Schreiber geb. Marburger, Halver. — Friedrich Jäger, Berken und Else Jäger geb. Brüninghaus, Hohenholten. — Karl Albert Schroeder, Kierspe-Bhf. und Elsbeth Schroeder geb. Backhaus, Bollme. Wilhelm Sonnenhol und Else Lüttringhaus, Meinerzhagen.

Gestorben:

Ww. Carl Kreimendahl, Emilie geb. Klüppelberg, Eickerhöh, 73 J. alt. — Fritz Benscheidt, Othmaringhausen, 71 J. Rektor i. R. Wilhelm Schleifenbaum, Bonn, 68 J. alt. Ww. Carl Niggeloh, Emma geb. Altena, Dahlerbrück, 79 J. alt. — August Hoffmann, Kierspe, 80 J. alt. — Wilhelm Pollmann, Bergisch-Gladbach, 76 J. alt. — Friedrich Hesendehl sen., Rh.-Schmidthausen, 60 J. alt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Enschlafenen sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Ewald Tacke

Eickerhöh.

Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen

in Karten oder Bogenform von der einfachsten bis zur feinsten Aufmachung liefert schnellstens und preiswert

Buchdruckerei Wilh. Bell jr., Halver.

Lungen- und Asthmakranken

ist unser Kräuter-Tee „Silvana" von hervorragend durchgreifender Wirkung „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt" schreibt E. W. in P. „Auswurf, Nachtschweiss, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf". „Unser Arzt freut sich selbst, dass der Tee mir bekommt", so lauten begeisterte Dankschreiben über glänzende Erfolge in wenigen Tagen, wo andere Kuren jahrelang vergeblich waren. Pro Paket 1 Mk. Nachn., frei verkäuft. **Silvana Tee-Vertrieb Augsburg.** (2698)

Sport-Anzüge

in unverwüstlichen Stoffen v. Mk. 16.80 an. Sakko-Anzüge in allen Farben u. guten Qualitäten, die am Lager habenden werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft. Sport-, Ober und Wochenend-Hemden in vielen Farben. Lange u. Breecheshosen in allen möglichen Stoffen. Blau-Leinen-Anzüge von 4,25 Mk. an. Hüte, (blaue) Sportmützen, Kragen u. Selbstbinder.

Sämtliche Kurz-, Weiß- u. Wollwaren zu d. billigsten Tagespreisen empfiehlt

Hugo Nieding, Halver,
Berliner-Straße Nr. 56 . . . . .

Feiner alter
Wermutwein
Appetitanregend, Verdauungsfördernd,
Flasche 85 Pfg.
Prima Rotwein
Dürkheimer Feuerberg Flasche 85 Pfg.
Prima Weißwein
1930er Wincheringer Fuchsloch
Flasche 75 Pfg.
alles einschließlich Flasche.
Drogerie Karl Baukloh
Kierspe-Bahnhof. Fernruf 572 Meinerzhagen.



Heute früh 2 Uhr entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ww. Conr. Becker
Wilhelmine geb. **Plate**

im Alter von 83 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Mittel-Carthausen, Halver und Schalksmühle, den 18. Juni 1932.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Juni cr., nachm. 2,30 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Suche zum 1. November d. Jrs. eine geräumige
4-Zimmer-Wohnung
in Halver oder nächster Umgeb.
Fr. Schulte, Dicksiepen

G-eld
Hypotheken. Baugelder, Beamten- und Geschäftskredite durch unverbindl. Beratung.
Anfragen unter **R 100** an die Geschäftsstelle d. Allg. Anzeigers Halver.

Hiesige
Speisekartoffeln
(gelbfl. Industrie)
hat abzugeben
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl

Stempel
für alle Zwecke
Wilh. Bell jr.
Halver.

Große Mengen
Tapeten
eingetroffen zu
außergewöhnlich billigen Preisen.
Alle Artikel zum Anstreichen in bester Qualität.
Drogerie Carl Baukloh,
Kierspe-Bahnhof,
Ruf 572 Meinerzhagen.

5 Worte präg' Dir ein:
Weich' nur mit Henko ein!


Führer
durch das Hauptwegenetz des Sauerlandes mit großer Wegekarte und Angabe d. sauerländischen Jugendherberg usw.
RM. 1.05

Karten
vom Sauerland Amtliche Ausgabe des S. G. V.
Maßstab 1 : 50000
RM. 1,35

Uebersichtskarten
vom Sauerland
Maßstab 1 : 210 000
RM. 0,50

Buchhandlung Wilh Bell jr., Halver i. W.

Kölner Börse schwach und geschäftslos.
Köln, 17. Juni.

Nachdem die Kölner Börse zunächst noch gut behauptet und in freundlicher Haltung eröffnete, gaben die Aktienwerte im Verlauf infolge gänzlichen Fehlens von Aufträgen allgemein nach. Farben gingen im Verlauf von 92 auf 90½ Prozent zurück. Montanwerte behaupteten sich etwas besser. Auch im weiteren Verlauf blieb die Börse geschäftslos.

Kölner Effekten-Notierungen vom 17. Juni.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustandegekommen.)

Barmer Bankv. 48	Felsenk. Bergw. —
Rhein. Bauernb. —	Phönix Bergb. 17½
All. u. Stuttg. 137	Rh. A. G. f. Zucker —
Col. Feuer gr. 85	Rhein. Wasser 130
Gladbacher Feuer 425	Schuckert Elektr. —
Dt. Erdöl 64	Wittener Guß —

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.
Köln, 17. Juni.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein 71 Kg.	26,75		Weizenkl.	9,50—10,75
Weizen, ausl.	29,25—30,75		Roggenkl.	9,00— 9,25
Roggen, rhein. 66—67 Kg.	21,00		Biertreber	11,00—11,50
Rg., rh. neu. E.	—		Leink. 38 Pr.	11,00—11,25
Roggen, ausl.	21,25—21,75		Erdnußkm. 50 Prz.	11,00—11,50
Hafer, hiesiger	16,50—17,50		„ 54 „	12,00—12,50
Hafer, nordd.	18,75—19,25		Sojaschr. 46 Prz.	10,50—11,00
Hafer, ausl.	—		Rapsk. 38 Prz.	8,75
F.-Gerste, ausl.	18,50—19,00		Palmkernk. lose	9,00— 9,75
W.-Gerste, inl.	17,50—18,00		Trockenschn. l.	7,75— 8,25
S.-Gerste, inl.	—		Zuckerschn. lose	9,75—10,50
Mais, grober	15,75—16,25		Rohmelasse	8,25— 9,00
Mais kleiner	16,50		Wiesenheu, inl. lose neu	—
Weizenmehl, 70 Prz., inl.	31,25		gepreßt	
Rhein. Weizenbäckermehl m. Auslandswz.	37,75		Kleeheu inl. lose neu	—
Roggenmehl 70 Prz.	28,00—28,50		gepreßt	
70 Prz. m. ausländ. Roggen	29,50		ausländischer Roggenstr. gepr. neu	3,00— 3,20
Roggenschrot, inländisches	24,50		Weizenstr. gepr. neu	3,00
ausländisch.	24,50		Haferstroh gepreßt	2,80

brutto mit Sack bzw. n. St.

Stimmungsbericht: Die Stimmung für Getreide war besser, dagegen für Mehl etwas ruhiger. Futtermittel preishaltend.

Kölner Butternotierungen vom 17. Juni.

Butter (inländische) Erzeugerpreis ab Verladestation ohne Verpackung für 100 Kilogramm in Reichsmark. 1. Qualität 224, 2. Qualität 204. Tendenz: Sehr ruhig.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 17. Juni.

(Großhandelspreise für 50 Kilogramm bei Waggonladungen von 15 000 Kilogramm, lose verladen, frachtfrei Kölner Bahnstation.)

Rheinische, runde, gelbe Industrie, 1. Qualität 3,30, 2. Qualität 2,90 Reichsmark. Alles andere nicht notiert. Tendenz: Ruhig.

Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.

Einladung
zu einer
Versammlung
am Samstag, dem 25. d. M.
20½ Uhr im Vereinslokal

Tagesordnung:
1. Aufnahmen,
2. Bezirksfest
3. Veranstaltungen,
4. Verschiedenes.

Vollzählige Beteiligung erwartet:
Der Turnrat.